

OECD: Frankreich sollte Innovationsförderung kohärenter gestalten

01.07.2014

<http://www.enseignementsup-recherche.gouv.fr/cid80855/installation-de-la-commission-d-evaluation-des-politiques-d-innovation.html>

<http://www.oecd.org/innovation/smarter-research-spending-would-boost-french-innovation.htm>

<http://www.lesechos.fr/economie-france/budget-fiscalite/0203601378902-locde-sen-prend-a-son-tour-au-credit-dimpot-recherche-1019121.php>

Die OECD hat Frankreichs Innovationssystem im Rahmen ihrer Reihe "OECD Reviews of Innovation Policy" untersucht. Die Ergebnisse überreichte der OECD-Generalsekretär Angel Gurría am 27. Juni 2014 den zuständigen französischen Ministern. Die OECD plädiert für mehr exzellenzbasierte Förderung, eine bessere Evaluierung der öffentlichen Forschung und eine bessere Koordination zwischen der Industrie und dem öffentlichen Sektor. Auch empfiehlt sie, die Universitäten als Forschungsakteure zu stärken. Anlässlich der Übergabe wurde die Gründung einer Kommission für die Evaluierung der Innovationspolitik bekannt gegeben ("Commission nationale d'évaluation des politiques d'innovation", CNEPI).

Ebenso wie in der vergangenen Woche veröffentlichte Strategiebericht "Welches Frankreich in zehn Jahren?" ("Quelle: France dans dix ans?"), empfiehlt die OECD der französischen Regierung, das Wachstum kleiner, innovativer Unternehmen zu fördern sowie vor allem die privatwirtschaftlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung (F&E) auf 2% des BIPs zu steigern (aktuell 1,4%). Dass vergleichbare Länder hier bereits erfolgreicher sind, führt der Bericht unter anderem darauf zurück, dass es in Frankreich verhältnismäßig wenig verarbeitendes Gewerbe gebe. Weiterhin investiere der französische Staat hohe Summen in die Förderung von F&E, müsse diese aber effizienter einsetzen. Erfolgreiche Beispiele seien die "Pôles de compétitivité" (Cluster aus privatwirtschaftlichen und öffentlichen Forschungsstrukturen) und die Gründung der nationalen Investitionsbank Bpifrance. Die steuerlichen Anreize für privatwirtschaftliche Forschung ("Crédit d'impôt recherche") hingegen sollten kritisch hinterfragt werden. Obwohl die Ausgaben hierfür kontinuierlich stiegen, investierten die Unternehmen nicht mehr in Forschung und Entwicklung. Sie können in Frankreich zwischen 30% und 40% ihrer F&E-Ausgaben bis zu einem Volumen von 100 Millionen Euro steuerlich absetzen (darüber hinaus 5%). Dieses Instrument zur Forschungsförderung, das 2013 über 5 Milliarden Euro gekostet hat, wurde auch bereits vom französischen Rechnungshof und der Generalinspektion für Finanzen kritisiert. Die OECD empfiehlt stattdessen, die allgemeine Steuerlast der Unternehmen zu reduzieren. Die Staatssekretärin für Hochschulen und Forschung, Geneviève Fioraso, ließ aber bereits wissen, dass die Regierung an dem Instrument festhalte.

Wie Angel Gurría zudem in seiner Rede anlässlich der Übergabe des Berichts feststellte, habe sich die öffentliche Forschung nicht ausreichend entwickelt und bleibe hinter ihren Möglichkeiten zurück. Zwar gebe es alle nötigen Instrumente für eine leistungsstarke Forschung (Projektförderung, umfassende Evaluierungen, Exzellenzprogramme...), diese seien allerdings parallel zu den existierenden Strukturen aufgebaut worden. Die Überlagerungen führten zu Effizienzverlust und einer Reihe von Schwierigkeiten.

Das 2010 gestartete Förderprogramm für Forschung und Innovation ("Programme d'Investissements d'Avenir") schließlich weist laut der OECD konzeptionell zwar in die richtige Richtung, sei aber "deutlich zu komplex". Der OECD-Bericht wird der neuen Kommission für die Evaluierung der Innovationspolitik als Grundlage dienen. Diese wurde gemeinsam von Bildungsminister Benoît Hamon, Wirtschaftsminister Arnaud Montebourg (Ministre de l'Economie, du Redressement productif et du Numérique) und Staatssekretärin Geneviève Fioraso eingerichtet. Ihr Vorsitzender ist Jean Pisani-Ferry, Generalkommissar für Strategie und Vorausschau, der bereits für "Quelle France dans dix ans?" verantwortlich war und dessen Kommission die OECD um eine Bewertung des französischen Innovationssystems gebeten hatte. Das 20köpfige Expertengremium soll die verschiedenen Innovationspolitiken und ihre wirtschaftlichen Auswirkungen sowie ihre Kohärenz untersuchen, aber auch Verbesserungsvorschläge für mehr Effizienz erarbeiten und Best Practice-Beispiele aus den Regionen und dem Ausland zusammenstellen. Die Schaffung der Kommission ist eine von 40 Maßnahmen, die die französische Regierung im Herbst 2013 bekannt gegeben hatte, um die Innovation anzukurbeln ("Une nouvelle donne pour l'innovation").

Quelle: Ministère de l'éducation nationale, de l'enseignement supérieur & de la recherche

Redaktion: 01.07.2014 von Kathleen Schlütter, Deutsch-Französische Hochschule

Länder / Organisationen: OECD, Frankreich

Themen: Netzwerke, Dienstleistungsforschung, Fachkräfte, Innovation, Strategie und Rahmenbedingungen, Wirtschaft, Märkte

[Zurück](#)

Weitere Informationen

